

01.06.2023

2. Juni: Tag gegen die Diskriminierung an Sexarbeitenden LSVD fordert Solidarität statt Stigma

*Berlin, 01.06.2023. Im März dieses Jahres hat der 35. Verbandstag des Lesbian- und Schwulenverbands eine Resolution mit dem Titel „Selbstbestimmung statt Stigma“ verabschiedet, die eine Solidarisierung mit (queeren) Sexarbeitenden zum Ziel hat. Am 2. Juni, dem Internationalen Hurentag, soll Diskriminierung gegen Sexarbeitende sichtbar gemacht werden. Anlässlich dessen erklärt **Alva Träbert, Bundesvorstandsmitglied des Lesbian- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD)**:*

Wir stehen kurz davor, die CSD-Saison 2023 einzuläuten und erinnern dabei an die Stonewall-Proteste - ein zentraler, zündender Moment in der Geschichte der Bewegung für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter*geschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ*). Sexarbeitende, vor allem Sexarbeitende of colour und trans* Personen, gehörten zu den Vorreiter*innen des Aufstands. Unsere Befreiungskämpfe sind untrennbar miteinander verbunden. Der LSVD steht solidarisch an der Seite von Sexarbeitenden: gegen Stigmatisierung und für Selbstbestimmung.

Sexarbeit ist gesellschaftliche Realität, umfasst ein breites Spektrum sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Sie umfasst zahlreiche Tätigkeitsfelder, die gesellschaftlich und politisch oft stigmatisiert werden. Sexarbeiter*innen stehen daher vor unterschiedlichen Herausforderungen, unter anderem Stigmatisierung, Ausgrenzung und Gewalt. Der LSVD fordert ein entschlossenes Einstehen der Bundesregierung für die rechtliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende. Eine vollständige Entkriminalisierung von Sexarbeit ist dafür absolut essenziell. Sowohl Überwachungsstrukturen als auch Sondergesetze, wie beispielsweise Sperrzonenregelungen oder Registrierungspflichten, müssen abgeschafft werden. Solche gesetzlichen Änderungen fordern Selbstorganisationen und Berufsverbände von Sexarbeitenden seit langem – der LSVD unterstützt diese Forderungen ausdrücklich.

Die rechtliche und gesellschaftliche Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeitenden muss endlich ein Ende haben. Bei der Erarbeitung aller sie betreffenden gesetzlichen Maßnahmen müssen Sexarbeitende aktiv und auf Augenhöhe einbezogen werden: Sie sind die Expert*innen für ihre eigenen Lebens- und Arbeitsrealitäten. Wir fordern eine konsequente Sensibilisierung und Fortbildung aller relevanten Behörden und Ämter (z. B. Ordnungsämter, Gesundheitsämter) zum Abbau von Sexarbeitsfeindlichkeit. Trotz weitgehender Legalisierung von Sexarbeit in Deutschland gibt es außerdem keinen ausreichenden Zugang zu zielgruppenspezifischer Gesundheitsversorgung und Beratung – das gilt insbesondere für männliche sowie trans* Sexarbeitende. Diese Situation wird durch häufig vorliegende Mehrfachdiskriminierung sowie Sprachbarrieren noch verschärft. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, eine bedarfsgerechte Versorgung von Sexarbeitenden mit Beratungs- und Versorgungsangeboten sicherzustellen.

Hintergrund

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Unter Sexarbeit versteht der LSVD sämtliche Arbeiten in der Sexindustrie, wie die Darstellung in Pornofilmen und -magazinen, Striptease, Lapdance/erotischer Tanz, Tantra-Massagen, die Arbeit als Dom*inas, Escorts, Straßen- und Bordell-Prostitution, Telefonsex, Onlinesex und vieles mehr, was den Tausch einer sexuellen Dienstleistung gegen finanzielle oder materielle Vergütung beinhaltet. In der Sexarbeit sind selbstverständlich auch lesbische, schwule, bisexuelle, queere, trans*, inter* und nichtbinäre Personen tätig.

Die Position des LSVD zu Sexarbeit bezieht sich klar auf eine konsensuelle sexuelle Dienstleistung zwischen volljährigen Geschäftspartner*innen gegen Entgelt oder andere materielle Güter. Sexuelle Ausbeutung unter Zwang ist eine Menschenrechtsverletzung; sie muss bekämpft, Täter*innen konsequent strafrechtlich verfolgt, Betroffene geschützt und versorgt werden. Dazu brauchen wir mehr legale Migrationswege, sichere Fluchtrouten und effektive Programme gegen Menschenhandel.

Das Positionspapier wurde erst durch die Beteiligung und Expertise einer Reihe von Selbstorganisationen, Berufsverbänden und Aktivist*innen ermöglicht. Ihnen danken wir und freuen uns auch zukünftig auf eine gute Zusammenarbeit.

Weiterlesen

- Resolution des 35. LSVD-Verbandstags: [Sexarbeit – Selbstbestimmung statt Stigma \[de/ct/8830-beschluss-sexarbeit-selbstbestimmung-statt-stigma\]](#)
- Berufsverband Sexarbeit [\[https://www.berufsverband-sexarbeit.de/\]](https://www.berufsverband-sexarbeit.de/)
- Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung [\[https://gspf.info/\]](https://gspf.info/)
- Trans* Sexarbeitende: [transsexworks.com \[https://www.instagram.com/transsexworks/\]](https://www.instagram.com/transsexworks/)
- A stroll with sex workers through Schöneberg - SMU [\[https://www.schwulesmuseum.de/presseaktuell/a-stroll-with-sex-workers-through-schoeneberg/?lang=en\]](https://www.schwulesmuseum.de/presseaktuell/a-stroll-with-sex-workers-through-schoeneberg/?lang=en)

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.